

# Solidarity City-Netzwerk

## Ein Konzept für gesellschaftliche Integration von Menschen ohne Aufenthaltstitel

### Citizenship

- Citizenship zu haben bedeutet staatliche Anerkennung der Rechte
- „De Jure“ (rechtlich anerkannte) Bevölkerung ist nicht repräsentativ für die „de facto“ (tatsächliche) Bevölkerung

[2]

### Konflikte über Citizenship

Mitgliedern der de facto Bevölkerung ohne Aufenthaltstitel wird häufig der Zugang zu öffentlichen Institutionen erschwert oder ist nicht möglich. Sie sind dauerhaft bedroht durch Verhaftung und Deportationen. Außerdem haben sie oft keinen Zugang zu Krankenversicherungen und Bildungsmöglichkeiten oder müssen illegale und damit oft schlecht bezahlte Arbeit annehmen, weil sie keine Arbeitserlaubnis haben. Außerdem ist der Zugang zu Wohnraum erschwert, da viele Wohnungsgebende nicht an Menschen ohne Staatsbürgerschaft oder gültigen Aufenthaltsstatus vermieten und sie können nicht an Wahlen teilnehmen oder rechtlichen Schutz in Anspruch nehmen.

[2], [7]

### Geschichte der Bewegung

In den USA und Kanada werden seit den 1980er Jahren immer wieder neue „Sanctuary Cities“ ausgerufen. Diese verweigern das Ausliefern oder Festhalten von sog. 'undocumented immigrants' für die Bundespolizei oder Deportationsbehörden. Sie waren im Laufe der 2010er Jahre vermehrt bedroht, beispielsweise durch US-Präsident Trumps Versuch den Sanctuary Cities den Zugang zu staatlichen Geldern zu kappen oder durch den „sanctuary cities ban“ von Texas-Gouverneur Greg Abbott. Dieses Modell inspirierte in den 2000er Jahren europäische Städte ähnliche Maßnahmen zu implementieren. Diese Städte organisierten sich international unter dem Namen „Solidarity Cities Network“.

[1], [2], [3]

### Solidarity Cities

- Europäisches Netzwerk zur Implementierung von mehr Maßnahmen zum Schutz von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus
- Gleichberechtigung für de jure und de facto Bevölkerung
- Zugang zu Bildung, Ausbildung, Krankenversicherung, Wohnraum, lokalen Wahlen und Arbeit unabhängig von Alter, Geschlecht, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe oder Aufenthaltsstatus
- Bewegung hat 3 zentrale Ziele

[4], [5], [7]

### Hindernisse

Damit Solidarity oder Sanctuary Cities einen effektiven Schutz für Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus bieten können muss ein gewisser gesellschaftlicher sowie behördlicher Konsens entstehen. Wenn für gewisse Zugänge weiter nach Staatsbürgerschaft/Aufenthaltsstatus gefragt wird, bringt das Preisgeben Migrant\*innen und Papierlose weiter in Gefahr. Die gewählten Politiker\*innen müssen hierzu direkte Anweisung an alle zuständigen Behörden, Schulen sowie an Exekutive und Judikative geben. Außerdem müssen private Institutionen wie Wohnungsgebende oder Krankenversicherungen ebenso kooperieren und ihre Dienste unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Menschen durchführen. In Deutschland ist die Polizei zudem nicht kommunal sondern landesweit organisiert und kann damit nicht von einer Stadtregierung instruiert werden, Kontrollen nach dem Aufenthaltsstatus zu unterlassen.

[5], [7]

### No deportation!

Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel müssen jederzeit mit Festnahme und darauf folgend fast immer mit Deportation rechnen.

[5]

### Don't ask, don't tell

Die Frage nach dem Aufenthaltsstatus bringt die Existenz von Menschen ohne gültigen Status in Gefahr. Behördliche und polizeiliche Maßnahmen können folgen, wenn diese Informationen verbreitet werden.

[5]

### Access without fear

Für Zugang zu Behörden, Versicherung, Bildung oder etwa Wohnraum wird häufig nach dem Aufenthaltsstatus gefragt. Anonymisierung der Daten kann hier helfen Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus zu schützen.

[5]

### Ausblick

In vielen deutschen Städten wie etwa Berlin, Köln oder Freiburg gibt es aktuell Initiativen für mehr Maßnahmen. Diese fordern Gleichberechtigung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Einige Städte sind bereits dem europäischen Solidarity Cities Network beigetreten und haben begonnen einige Maßnahmen zu implementieren. Das Netzwerk wächst daher kontinuierlich. Städte wie etwa Leeds, Barcelona und Zürich arbeiten aktiv am Schutz ihrer Bewohner\*innen ohne gültigen Aufenthaltsstatus.

[4], [6]